

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Logzauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Betriebsstörung usw. erschießt jeder Anspruch auf Verzögerung bezw. Nichtabgabe des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennige, für außerhalb des Rahmens 7 Goldpfennige, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennige, im Reklameteil 30 Goldpfennige, einzeln, Umhänger, Schmutzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 69.

Donnerstag, den 9. Juni 1932.

35. Jahrg.

Preußische Regierung gegen Reichskabinett

Neue Notverordnung für Preußen: Schlachtsteuer und Kürzung der Beamtengehälter

Vorzeitige Einberufung d. Preuß. Landtags

Ein Schreiben von Papens an den Landtagspräsidenten.
Im Vordergrund der Innenpolitik Deutschlands steht gegenwärtig die Frage: Preußen und das Reich. Der Reichsregierung von Papens ist daran gelegen, daß möglichst schnell eine verfassungsmäßig funktionierende verhandlungsfähige Regierung in Preußen am Werk ist, damit wichtige schwebende Fragen, für deren Entscheidung die Mitarbeit Preußens notwendig ist, sobald wie möglich geregelt werden können.
Reichsminister von Papens hat daher an den Präsidenten des Preussischen Landtages, Kerkel, ein Schreiben gerichtet, in dem der Kanzler den Präsidenten bittet, sich dafür einzusetzen, daß der Preussische Landtag, der nach den bisherigen Vereinbarungen erst am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, früher einberufen werde. Der Reichsminister begründete diese Bitte damit, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig verschiedene wichtige Angelegenheiten, besonders Finanzangelegenheiten, zu verhandeln seien und daß er sich für letztere halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen gebildeten ordentlichen Kabinett geführt werden können. Präsident Kerkel hat sofort den Vizepräsidenten des Preussischen Landtages auf Freitag, den 10. Juni, einberufen.

Scharfe Spannung zwischen dem Reich und Preußen.

Zwischen der neuen Reichsregierung und dem geschäftsführenden preussischen Kabinett hat sich plötzlich eine Art Kriegszustand entwickelt. Das kam so: Bekanntlich hat der Reichsminister an den nationalsozialistischen Präsidenten des Preussischen Landtages einen Brief geschrieben mit der Bitte, der Landtag solle früher als geplant wieder zusammentreten und versuchen, doch noch eine neue Regierung zu bilden. Die jetzige preussische Regierung fühlt sich durch diesen Brief in der Lage und erklärt, die Reichsregierung hätte kein Recht, sich direkt an den preussischen Landtagspräsidenten zu wenden, die allein zuständige Stelle sei die preussische Regierung, auch wenn sie nur eine geschäftsführende Regierung sei. Der Brief hätte an den preussischen Ministerpräsidenten gerichtet werden müssen oder an dessen Stellvertreter, an den Minister Dircksefer. Herr Dircksefer hat sich alsbald persönlich zum Kanzler v. Papens begeben und hat gegen diese Behandlung protestiert. Nach einer amtlichen preussischen Darstellung soll der Kanzler bei der Unterredung mit Dircksefer zugesichert haben, daß künftig nur noch von Regierung zu Regierung verhandelt werde. Gegen diese amtliche preussische Mitteilung wenden sich nun wieder die Reichsstellen und erklären, was Preußen da sage, könne nicht sein. Herr v. Papens habe den Protest nur zur Kenntnis genommen und Herrn Dircksefer die Gründe seines Verhaltens genannt.

Aus der ganzen Behandlung dieser Angelegenheit kann man erkennen, wie gespannt das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich geworden ist. Die preussische Regierung ist außerdem sehr verärgert darüber, daß man ihr den Vorwurf macht, sie sei nicht mehr imstande, die preussischen Finanzen in Ordnung zu bringen. Sie läßt verstehen, daß sie auch ohne Hilfe des Reiches durchkommen werde.

Neue Belastung für die preussischen Beamten.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und der preussischen Regierung wegen einer Hilfe des Reichs zum Ausgleich des preussischen Staatshaushalts sind, wie schon bemerkt, gescheitert. Die Reichsregierung sagt dazu in einer Erklärung, Preußen habe die Bedingungen für die Überlassung der 100 Millionen Mark durch das Reich nicht angenommen. Die Zahlung sollte in fünf Jahresraten erfolgen. Die preussische Regierung hat die Verhandlungen mit dem Reich nicht weitergeführt, sondern hat verkündet, daß sie sich aus eigener Kraft helfen werde. Zu diesem Zweck hat sie in kürzester Frist einen Plan aufgestellt, der neue Einsparungen und neue Einnahmen bringen soll.

In erster Stelle steht eine Kürzung der Gehälter für die preussischen Beamten, allerdings in einer ganz neuen Form. Den Beamten soll der Anspruch auf den gefürzten Teil des Gehalts weiterhin erhalten bleiben. Der abgegebene Teil soll eine Art zwangsweise Sparanlage bilden, und soll den Beamten vom preussischen Staat für spätere Zeiten gutgeschrieben werden. Die Kürzung soll zwischen 5 und 10 Prozent betragen.

Da aber die Einsparungen durch die Gehaltskürzung nicht ausreichen, um den Fehlbetrag im Haushalt zu decken, soll noch eine Schlachtsteuer eingeführt werden. Ursprünglich war eine Schlachtsteuer geplant, die den Verbraucher direkt belastete hätte. Jetzt soll die Steuer auf den Schlachthöfen erhoben werden. Weitere Einsparungen will man durch Vereinfachungen auf verschiedenen Gebieten der Verwaltung erzielen.

Alle diese Maßnahmen sollen durch Notverordnung nicht ausreichen, um den Fehlbetrag im Haushalt zu decken, sondern dem Landtag vorgelegt werden. Ob der Landtag diese Maßnahmen einer Regierung billigt, die sich noch auf den alten Landtag stützt, ist sehr fraglich.

Der Inhalt der Notverordnung.

Der preussische Finanzminister hat am Mittwoch spät abends der Presse Mitteilung über die neue Notverordnung gemacht, mit deren Hilfe Preußen den Haushalt ausgleichen will. Eingangs betonte der Finanzminister, daß die Maßnahmen schon seit längerer Zeit vorbereitet wurden, schon bevor der Regierungswechsel im Reich eingetreten war, da man schon von vornherein mit der Möglichkeit rechnete, daß die 100-Millionen-Beihilfe vom Reich möglicherweise doch nicht einbringen würde. Die Verhandlungen der letzten Tage hätten gezeigt, daß das Reich nicht in der Lage ist, diese 100 Millionen Preußen zur Verfügung zu stellen. Die preussische Regierung mußte sich deshalb entschließen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die 100 Millionen, die vom Reich erwartet wurden, werden durch die Einführung der Schlachtsteuer nahezu gedeckt.

Der Tarif der Schlachtsteuer

entspricht im wesentlichen dem bayerischen Tarif. Die Sanktionierung eines Schweines kostet zwei Mark Steuer, aber vorerst werden die Hauschlachtungen von Schweinen nicht besteuert.

Schweine im Gewicht unter 30 Kilogramm sind von der Schlachtsteuer befreit,

von 30—75 Kilogramm beträgt die Steuer 5 Mark, von 75—125 Kilogramm beträgt die Steuer 8 Mark, über 125 Kilogramm beträgt die Steuer 10 Mark.

Der Finanzminister gibt zu, daß durch die Schlachtsteuer die Einnahmen nicht ausreichen werden, er hofft jedoch, daß bei der Besserung der Wirtschaftslage eine Abwälzung der Steuer auf den Verbraucher möglich sein wird.

Die Einnahmen der Schlachtsteuer reichen aber nicht aus, um das Defizit voll zu decken. Man erwartet nämlich, daß sich das Defizit im Laufe des Jahres noch um 50 Millionen vergrößert. Diese 50 Millionen sollen gedeckt werden:

durch die schon angekündigte Belastung der preussischen Beamten. Der Antrag beträgt für Beamtenteile mit Kindern 2%, für Kinderlose und Witwen 3 Prozent. Die Abzüge werden als Sparanlage zurückgehalten und vom 1. Juli 1932 ab nachbezahlt. Verzinst wird diese Zwangsparanlage nicht. Bei Todesfall wird der ganze zurückbehaltenen Betrag sofort zurückgezahlt, ebenso wenn ein Staatsangehöriger aussteigt oder wenn ein Beamter ohne Verfortzugsanträge entlassen wird.

Die Schutzpolizei bleibt von diesen Abzügen frei. Die Gemeinden werden durch die Notverordnung gezwungen, die gleichen Abzüge, die für die Staatsbeamten gelten, auch für ihre Beamten vorzunehmen.

Die Regierung erwartet von dieser Maßnahme eine Einsparung von 26 Millionen. Die dann noch fehlenden 14 Millionen werden durch neue Abstriche an den Sachausgaben eingepart.

Die preussische Notverordnung bringt auch eine Änderung in der Hauszinssteuer, und zwar für die kleinen Mieter, die bisher von der Abnahme der

Hauszinssteuer befreit waren. Die preussische Regierung hat ausgerechnet, daß es für sie günstiger ist, wenn sie den Gemeinden einen Zuschuß zu Mietzinsbehalten an Bedürftige Mieter gibt. Zu diesem Zweck sieht die Notverordnung die Überweisung einer Summe von 160 Millionen an die Gemeinden vor. Gleichzeitig werden die bisherigen Stundungen und Niederlagen der Hauszinssteuer für bedürftige Mieter aufgehoben.

Die Notverordnung tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Der Finanzminister betont, daß sich die preussische Staatsregierung für berechtigt halte, diese Notverordnung zu erlassen. Das Parlament werde nicht in der Lage sein, diese Notverordnung aufzuheben. Der Haushaltsplan jedoch werde dem Landtag vorgelegt werden.

Der Arbeitsplan der Reichsregierung

Die neue Reichsregierung hat nun die Öffentlichkeit wissen lassen, in welcher Weise sie ihre Arbeiten durchführen gedenkt. Es sind drei Abschnitte vorgezeichnet. Die Regierung legt dabei besonderen Wert darauf, ihre eigenen Wiederaufbaupläne streng von den Maßnahmen zu unterscheiden, die sie als Ausräumung der Arbeit vorzunehmen gedenkt. Diese Ausräumung soll der erste Abschnitt sein, auch wenn es sich nicht um die Wiederaufbauarbeiten handelt, sondern um die Beseitigung im Reichshaushalt auszugleichen und die Gelder für die Weiterführung der Staatsgeschäfte sicherzustellen. Die Notverordnungen soll der zweite Arbeitsabschnitt folgen, der Wiederaufbauplan. Als letzten Abschnitt hat man die Bearbeitung der politischen Notverordnungen im Auge, die sogenannten Beschlüsse über die Verhandlungen über die Beschränkung der Pressefreiheit. Dazu gehört auch das Verbot der SW-Formationen.

Die zunächst bevorstehenden Notverordnungen werden also finanzieller Art sein; sie sollen dazu dienen, das Loch im Reichshaushalt zu stopfen. Bekanntlich wollte auch Brüning durch scharfe Abstriche an den sozialen Unterhaltungsstellen Einsparungen erzielen und außerdem durch die sogenannte Beschlüsse über die Wiederaufbauarbeiten, die neue Regierung wird diese Pläne mit Änderungen übernehmen; sie will aber an den Sachausgaben des Haushaltes

noch stärkere Abstriche machen, also die Einsparungen erhöhen, dafür aber die Beschlüsse über die Wiederaufbauarbeiten, die neue Regierung wird diese Pläne mit Änderungen übernehmen; sie will aber an den Sachausgaben des Haushaltes

noch stärkere Abstriche machen, also die Einsparungen erhöhen, dafür aber die Beschlüsse über die Wiederaufbauarbeiten, die neue Regierung wird diese Pläne mit Änderungen übernehmen; sie will aber an den Sachausgaben des Haushaltes

noch stärkere Abstriche machen, also die Einsparungen erhöhen, dafür aber die Beschlüsse über die Wiederaufbauarbeiten, die neue Regierung wird diese Pläne mit Änderungen übernehmen; sie will aber an den Sachausgaben des Haushaltes

noch stärkere Abstriche machen, also die Einsparungen erhöhen, dafür aber die Beschlüsse über die Wiederaufbauarbeiten, die neue Regierung wird diese Pläne mit Änderungen übernehmen; sie will aber an den Sachausgaben des Haushaltes

noch stärkere Abstriche machen, also die Einsparungen erhöhen, dafür aber die Beschlüsse über die Wiederaufbauarbeiten, die neue Regierung wird diese Pläne mit Änderungen übernehmen; sie will aber an den Sachausgaben des Haushaltes

noch stärkere Abstriche machen, also die Einsparungen erhöhen, dafür aber die Beschlüsse über die Wiederaufbauarbeiten, die neue Regierung wird diese Pläne mit Änderungen übernehmen; sie will aber an den Sachausgaben des Haushaltes

Wichtige Zentrumsstagnung.

Der erweiterte Parteivorstand der Zentrumspartei hat am Freitag zu einer Tagung zusammengekommen, der in politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen wird. Es handelte sich bei den Verhandlungen des Parteivorstandes nicht nur um die Stellungnahme zur Reichstagsauflösung und den Fragen des Wahlkampfes, sondern auch um die Klärung der preussischen Frage. Den Vorsitz führt der Parteivorsitzende Dr. Kaas. Die preussischen Zentrumsmitglieder Dr. Steiger, Dr. Dircksefer und Dr. Schmidt nahmen an der Sitzung des Parteivorstandes teil, ebenso der bisherige Reichsminister Dr. Brüning.

Nach einer Mitteilung der Parteileitung war die Aussprache von dem Geist völliger Einigkeit und Geschlossenheit getragen.

Nach der Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der dem Reichsparteivorstand, Dr. Brüning, Dr. Siegelward, der Parteileitung und der Reichsorganisationsleitung dankbare Verträge ausgesprochen wurden. An der Arbeit der neuen Reichsregierung sollte keinerlei Mitverantwortung übernommen werden. Das Zentrum über seine eigene Verantwortung, das Zentrum über den links bestimmen zu lassen. Schließlich werden alle Parteifreunde aufgefordert, dafür zu sorgen, dass ein starker, von der Gefolgschaft weicher, der Volksstaat und die Volksgemeinschaft ehlich behandelbar Kräfte aus allen Volksschichten unterstützter Ordnungsbild als Garant einer friedlichen und organischen Weiterentwicklung Deutschlands gesichert bleibt.

Ein Aufruf der Christlichen Gewerkschaften

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands erläßt einen Aufruf, in dem er sich scharf gegen die Regierungserklärung des Kabinetts Papen wendet. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Die christliche Arbeiterbewegung faßt sich für die kommende Auseinandersetzung im deutschen Volk noch gesonnener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Eisener Kongreß der Christlichen Gewerkschaften verhandelt wurde.“

Zu sammeln ist zum Kampf für christliche Kultur, zum Kampf für nationale Freiheit, zum Kampf für soziale Gerechtigkeit, zum Kampf gegen alle Feinde dieser wahrhaften deutschen Volks- und Staatsidee.“

Der Reichsjustizminister zur Preußenfrage.

Gleichsetzung von Reich und Preußen.
Der neue Reichsjustizminister Dr. Görtner gab der Wittenberger Abendzeitung Gelegenheit zu einer Unterredung, in der u. a. über die Ansichten der Reichsregierung in den Fragen „Reich und Länder“ gesprochen wurde. Der Minister erklärte u. a., an der Spitze der Fragen, die er vor Übernahme seines Amtes in persönlicher Aussprache mit dem Reichsstar von Papen geklärt habe, habe die Frage nach dem Verhältnis des Reiches zu den Ländern gestanden. Von dieser Reichsregierung seien selbstverständlich keinerlei Reformen im Sinne einer Abwägung der Länder beabsichtigt. Woran man denke, sei die sogenannte „Gleichsetzung“ von Reich und Preußen, wobei eine Aufnahme des preussischen Ministerpräsidenten in die Reichsregierung möglich sei. Ob aber diese Mitgliedschaft mit einer Vereinigung von Ministerposten im Reich und in Preußen verbunden sein würde, sei noch eine offene Frage.

Wo nichts ist ...

Aussicht auf Lausanne

Auf der Lausanne-Konferenz werden zwei „neue“ Männer als Vertreter ihrer Nation erscheinen: Reichsaussenminister Brüning und der französische Ministerpräsident Herriot. Beide werden aber kaum neue Programme mitbringen. Was Herriot anbelangt, so geht aus seiner Regierungserklärung hervor, daß er unentwegt auf dem Standpunkt seiner Vorgänger steht und an Versailles festhält, was man französisch so schön die „Achtung vor den Verträgen“ nennt, ebenso wie in der Abrüstungsfrage an der „Selbsterhaltung des Friedens“. Der Reichsaussenminister wird vor seiner Abreise aus London nach Berlin mit Macdonald zusammenkommen, und mit ihm seine Ansicht über die Konferenz von Lausanne austauschen. Macdonald wird dann Gelegenheit haben, vorzubereiten Herriot, mit dem er am Sonntag in Paris zusammentritt, über den deutschen Standpunkt zu unterrichten. Daß Deutschland nicht mehr zahlen wird, wird es nicht mehr zahlen kann, darauf dürfte Frankreich genügend vorbereitet sein, und in dieser Richtung wird es wohl seinen Widerstand auch nicht aufrechterhalten können, denn, wo nichts ist ...! Aber deswegen hat Frankreich noch nicht, wie der Kaiser im Sprichwort, „sein Recht verloren“, und um dieses vermeintliche Recht wird es in Lausanne geben. Deutschland kann die Reparationsansprüche, außer daß sie nicht gezahlt werden, auch nicht anerkennen. Es muß nicht nur die Zahlungen, sondern auch die Zahlungsverpflichtungen ablehnen. Wenn Frankreich erklärt, daß Abänderungen an den Reparationsleistungen nur durch gegenseitige Abkommen und nicht durch einseitige Erklärungen erreicht werden können, so ist darauf zu erwarten, daß in Versailles auch kein „Vertrag“, sondern ein einseitiges „Diktat“ vorgenommen wurde, und daß, wenn Deutschland ein Abkommen über die Reparationslösung antritt, es damit nicht eine „vertragliche“ Bindung, die nur wieder durch Vertrag gelöst werden kann, anerkennt.

Die einseitige Erklärung Deutschlands, Schandenerklärung, der nicht auf Vertrag beruht, weil über das notwendige Maß hinaus und ohne rechtlichen Grund bereits gezahlt zu haben und weitere Zahlungen nicht nur nicht mehr zahlen zu können, sondern auch nicht mehr zahlen zu wollen, das wird der springende Punkt werden, um den sich die Lausanne Verhandlungen drehen werden. Ob es gelingen wird, Frankreich zur Überwindung dieses deutschen Standpunktes bereits in Lausanne zu

bringen, darf bezweifelt werden. Dazu dürfte es erst durch die stets weiter anwachsende Krise im eigenen Land und seine eigene steigende Hilfsbedürftigkeit gebracht werden. Auf der sich an Lausanne anschließenden Weltkonferenz wird für die Frage der Reparationslösung die Stellungnahme Amerikas ausschlaggebend werden, das man jetzt nach London geschickt hat, mit dem ausschlaggebenden bescheidenen Eingangsbrief, daß Europa nicht in der Lage ist, allein jene Angelegenheiten in Ordnung zu bringen.

Die deutsche Abordnung für Lausanne wird am Dienstag abend nach Lausanne abreisen. Ob der Reichsstarler von Papen bereits zu Beginn der Konferenz in Lausanne aufweilen wird, oder ob er erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Lausanne fährt, ist noch nicht entschieden.

Politische Kreise in London rechnen damit, daß die Konferenz etwa 14 Tage dauern werde und daß ihre Aufgabe sich zumindest darauf erheben werde, eine zeitweilige Lösung der Tributfrage zu finden, obwohl auch englischen Regierungskreisen immer noch verheißen wird, daß die englische Politik einer dauerhaften Lösung zustrebe.

England und Lausanne.

Macdonalds und Simons Wohnenbesuch in Paris.
In den Sitzungen des englischen Kabinetts ist noch keine endgültige Entscheidung über die von England auf der Lausanne Konferenz zu verfolgende Politik gefallen. Die Erziehung der Reparationen und Kriegsschulden sei die notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung der Würde und die Wiederherstellung des Vertrauens. In Lausanne müßte, wenn irgend möglich, eine dauerhafte Regelung angestrebt werden.

Aus diesem Grunde sei der Gedanke eines sechsmonatigen Moratoriums, selbst wenn es sich auch auf die ungeklärten Reparationszahlungen ausdehnen sollte, abgelehnt worden, und die englische Abordnung soll erzieht worden sein, in diesem Sinne zu handeln. Man sei sich ferner ziemlich allgemein darüber einig geworden, daß die deutsche Behauptung, derzufolge Deutschland keine Reparationen mehr zahlen könne, gerechtfertigt sei, solange die gegenwärtige Krise beherrscht, und daß das gegenwärtige Verfahren auch für die Behandlung der ungeklärten Reparationszahlungen während eines Moratoriums der Neffion bedürftig.

Das französische Außenministerium veröffentlichte eine amtliche Mitteilung, wonach der britische Ministerpräsident Macdonald und der Außenminister Simon am Sonnabendabend in Paris eintrifften, wo sie den Sonntag zu verbringen gedenken. Die englischen Staatsmänner werden die Gelegenheit benutzen, um sich mit dem französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Herriot über die beide Länder interessierenden Probleme zu unterhalten. Außenminister Simon erklärte, er sei überzeugt, daß der geplante direkte Meinungsansatz wesentlich dazu beitragen werde, den Weg für eine befriedigende Lösung in bezug auf die Probleme, die in Genf und Lausanne behandelt werden, vorzubereiten.

Washington gegen Schuldenerfreichung.

Das State Department in Washington wendet sich in einer Erklärung erneut gegen die Erziehung der Kriegsschulden. In der Erklärung heißt es, die amerikanische Regierung sei nicht gewillt, Vorschläge der europäischen Nationen für eine Erziehung der Kriegsschulden und Reparationen anzunehmen.

Der amerikanische Standpunkt geht dahin, daß eine Erziehung der Reparationen durch die europäischen Staaten die amerikanische Regierung nicht verpflichte, auch die Schulden zu freistellen. Vom State Department wird betont, daß dieser Standpunkt allen an der Lausanne Konferenz interessierten Regierungen bekanntgegeben worden sei.

Die Verletzung des Memelabkommens.

Titaneu vor dem Haager Gerichtshof.

Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag begann das mündliche Verfahren in der Klage, die die Unterzeichnermächte des Memelabkommens, England, Frankreich, Italien und Japan, wegen Verletzung dieses Abkommens gegen die litauische Regierung angebracht haben. Vertreter Litauens in Haag ist, nachdem es der litauischen Regierung nicht gelungen ist, einen Verteidiger von internationalem Ruf zu gewinnen — ein Zeichen für die äußerste Ungünstigkeit der litauischen Titaneu in dieser Angelegenheit — der litauische Gesandte in London, Stizkiankas.

Hauptversammlung des Preussische Landkreistages.

Am 22. Juni in Berlin.

Der Preussische Landkreistag hält seine diesjährige Hauptversammlung am Mittwoch, dem 22. Juni, in Berlin ab. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge des Staatssekretärs z. D. Prof. Dr. Hopff, des Landrates Dr. Corring-Leer und des Landrates von Ober-Mörs über das Thema: Der künftige Finanzansatz zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Hitler über die Reichstagswahlen.

Parteiliche Mitteilung über den Gauleitertag.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: In München fand heute in Anwesenheit Adolf Hitlers und unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters, Gregor Straffer, ein Gauleitertag der NSDAP statt, der sich insbesondere auch mit der organisatorischen Vorbereitung der bevorstehenden Reichstagswahlen befaßte.

Adolf Hitler legte in eingehenden Ausführungen die politischen Richtlinien dar, die für die Faltung der NSDAP, zu der durch den Sturz der Regierung Brüning neuegegründeten politischen Lage im Reich und in den Ländern maßgebend sind.

Er wies auf die Bedeutung der Reichstagswahl als der Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der Politik der letzten 14 Jahre und ihrer Träger hin und trat dabei dem Versuch der Sozialdemokratie, die Verantwortlichkeit für diese Politik von sich abzuweifen, scharf entgegen. Insbesondere femerlegte er dann die Erklärung der Mitglieder des abberufenen Kabinetts Brüning, wonach mit politischen Mitteln allein den jetzigen Kräften in unserem Volke nicht entgegengetrieben werden könne, als ein ungewöhnlich drehes Manöver angedeutet der Zatlage, daß gerade die Regierung Brüning zwei Jahre lang mit diesen Mitteln die nationalsozialistische Freiheitsbewegung in der drastischen Weise unterdrückt hat.

Gegenüber den separatistischen Gerichten, die durch die Nebenverantwortungslehre bayerischer Politiker genährt werden, gab Adolf Hitler der Auffassung der NSDAP, und des ganzen deutschen Volkes dahin Ausdruck, daß jeder Versuch eines Anschlages auf die Einheit des Reiches an dem entschlossenen Widerstand der nationalsozialistischen Bewegung zerschellen werde.

Die Ausführungen Adolf Hitlers fanden ihren Niederschlag in der einmütigen Willensfundgebung der Versammlung.

Der Reichsorganisationsleiter, Gregor Straffer, stellte den Leitgedanken, die Schlagträchtigkeit der Organisation ist so zu vervollkommen, daß keine Macht der Welt mehr die NSDAP, vom Sieg zu trennen vermag.“

Kerrl und Kube in München.
Die Landtagsabgeordneten Kerrl und Kube weilen zur Zeit in München, um mit Adolf Hitler die geplanten neuen Programme nochmals abschließend zu besprechen. Im Verlaufe dieser Besprechung dürfte auch entschieden werden, wer von den Nationalsozialisten als Kandidat für den preussischen Ministerpräsidenten aufgestellt werden wird.

Die Sozialdemokratische Wahlparole.

Der Parteianführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands befaßte sich, wie parteiamtlich mitgeteilt wird, mit den jüngsten politischen Ereignissen. Die Aussprache, so heißt es in der Mitteilung, die insbesondere dem bevorstehenden Wahlkampf galt, zeigte hinsichtlich der Richtung des Kampfes gegen den Nationalismus völlige Übereinstimmung und entschlossenen Kampfeswillen. Die Sozialdemokraten werden — auch die bevorstehenden Wahlen erfolgreich überleben.

Noch 5583000 Arbeitslose.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Nach dem Bericht der Reichsstatistik für die Zeit vom 16. bis 31. Mai hat die Erziehung auf dem Arbeitsmarkt sich in der zweiten Hälfte des Berichtsmontats mit etwas größerer Beschleunigung fortgesetzt. Während im vorigen Berichtsbefrist die Zahl der Arbeitslosen nur um rund 64 000 abgenommen hatte, war sie Ende Mai um rund 92 000 geringer als am 15. des Monats. Der damit erreichte Stand von rund 5 583 000 Arbeitslosen liegt jedoch um etwa ein einhalb Millionen über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres. Seit dem winterrlichen Höchststand (Mitte März) ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 546 000 zurückgegangen. Träger der Entlastung sind weiterhin fast ausschließlich die Saisonarbeitenberufe.

In der Vericherung war die Abnahme der Zahl der Haupterwerblosen am 31. Mai um rund 64 000 geringer als in der ersten Hälfte des Monats (rund 92 000). Die Abnahme in der Arbeitsfördererorgie war mit rund 52 000 verhältnismäßig größer, als man annehmen konnte. In beiden Einrichtungen wurden am 31. Mai rund 2 658 000 Arbeitslose unterstellt, davon 1 582 000 in der Arbeitsfördererorgie. Die Zahl der Wirtschaftserwerblosen betrug Ende Mai rund 2 061 000 gegenüber rund 2 019 000 Ende April. Sie hat also entgegen der allgemeinen Bewegung zugenommen.

Neuer Staatssekretär im Reichsernährungsministerium.
Berlin. Der Rücktritt des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium, Dr. Seufam, wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden, sobald Dr. Seufam von einer kurzen Reise, die er wegen eines Exterialles angetreten hat, zurückgekehrt ist. Sein Nachfolger wird der gegenwärtige Ministerialrat im preussischen Landwirtschaftsministerium, Wuschel.

Der Verfassungstag kein Feiertag in Baden.
Karlsruhe. Das Staatsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. Juli 1923 über die Bestimmung des 11. August (Reichsversammlungstag) als gebotener Feiertag wird aufgehoben.



RM. 5000
Preise in bar
und herrliches Haar!

Eine interessante Aufgabe stellt Ihnen Schwarzkopf in seinem neuen Prospekt „Kopf zerbrochen!“ Lassen Sie sich diesen Prospekt kostenlos im Fachgeschäft aushändigen: Preise winken für 5 Minuten Kopfzerbrechen! — Und gleichzeitig hören Sie Genaueres über „Haarglanz“, die wissenschaftliche Vervollkommenung der Haarpflege: „Haarglanz“ neutralisiert das Haar, erhält es straff, elastisch und

„Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.

SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz“

Berliner Produktenbörse.

Table with columns for 'Getreide und Hülsenfrüchte', 'Welsch', 'pomeranisch', 'Sommergerst', 'Wintergerst', 'Safer', 'pomeranisch', 'Weizenweizen', 'Belgienweizen', 'r. Ver. dr.', 'intl. Sad', 'Hoggenweizen', 'r. Ver. dr.', 'per 100 kg', 'intl. Sad'.

Lebten, 7. Juni. (Ein kostbarer Fund.) Zurzeit befindet sich ein kostbarer Fund aus unserer Kirche aus der Zeit des 17. Jahrhunderts in den Händen des Kunstmalers Frh. Braun in Halle. Es handelt sich um ein Altartuchstück, das sich auf einem kunstvoll in Sandstein gehauenen Sockel erhebt und an dessen Kreuzspitzen von leichter Hand geführte Engelköpfe in reichlicher Ueberwindung des Lebens und die triumphierende Bedeutung des Todes Jesu veranschaulichen.

Sodales und Provinzielles.

Ist die Auflösung der Gemeindeparlamentarische möglich? Am Zusammenbau mit der Wiederholung der preussischen Regierung Braun-Severing ist jetzt öfters die Frage aufgelaufen, ob der neue Landtag auch die sofortige Auflösung der Gemeindeparlamente beschließen kann.

Annaburg. Die Vorarbeiten zum diesjährigen Schützenfest sind bereits in vollem Gang. Schon sind die ersten Wagen der Schaulustler und Händler angereist und man ist dabei, den Festplatz in eine Feld- und Bühnenstadt zu verwandeln.

Annaburg. Die christlichen Eltern werden heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Aula der hiesigen Schule zu einer Elternversammlung zusammenkommen.

Schleiflich wird die beschleunigte Wiederherstellung der durch die Notverordnung vom 8. Dezember v. J. beeinträchtigten Rechte der Versicherten verlangt. Auf der öffentlichen Rundgebung am Sonntagvormittag betonte der bisherige Reichsversicherungsbevollmächtigte Lemmer, die sozialreaktionären Tendenzen scheinen darauf hinauszulaufen, den gemeinschaftlichen Kampforganisationen Ideal und materiell den Todesstoß zu versetzen.

Schweinitz. Die hiesige Landwirtschaftsschule im vergangenen Jahre. Dem Jahresbericht der Jenseiner Landwirtschaftsschule für das vergangene Jahr ist zu entnehmen, daß die Schule im 7. Schuljahr so schwach besucht war wie noch nie.

Schweinitz. Zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenverlust wurde am Dienstag vom Wittenberger Schöffengericht der Handelsmann Karl H. von hier wegen Vergehens gegen § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuches verurteilt.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Wittenberg. (Der GDV gegen Sozialabbau.) Am 12. Montag des mitteldeutschen Gauses des GDV in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreiche weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil.

Gras-Verkauf

der Oberförsterei Thiergarten am 14. Juni 1932 vorm. 10 Uhr im Waldschützen zu Annaburg (Wes. Halle.)

Zur Versteigerung kommen aus der Försterei Heidesmühle die Grasakablen Nr. 30, 39, 77, 78, 79, 130 bis 136; aus der Försterei Hühnerich die Kabeln Nr. 2 bis 4, 14, 32, 49, 57; aus der Försterei Arnswesta die Kabeln 1, 7 und 8; aus der Försterei Meuselho die Kabel Nr. 3.

Wichtigste aus der Försterei Hühnerich Jagden 57c, 58a, 73a, 102b, 103a - 37 rm Kiefern-Kloben.

Verzählung im Termin. Nähere Auskunft bei den zuständigen Herrn Forstbetriebsbeamten.

Am Sonnabend, den 11. Juni nachm. 5 Uhr, verpachte ich die den Vogelsänken Erben gehörige ca. 30 Morgen große Burgwiese fabelweise meistbietend an Ort und Stelle.

S. W. Wilhelm Schmidt.

Die Grasnutzung der Rantorwiese und der Rantorbruchwiese für das Jahr 1932 wird am Sonnabend, den 11. Juni um 18 Uhr verpachtet. Sammelpfad: am Mühlentor.

Annaburg, den 7. Juni 1932.

Der Schulverbands-Vorsteher.

Zwangs-Versteigerung.

Am 10. ds. Mts., vorm. 11 Uhr, versteigere ich öffentlich meistbietend gegen Verzählung im Gasthof zum goldenen Ring in Annaburg:

1 Sofa, 1 Korbgarnitur.

Die Gegenstände sind anderweitig gepfändet.

Gallo, Obergerichtsvollzieher in Pretzin.

Polizeiliche An- und Abmeldefcheine sind vorräthig in der Buchdruckerei S. Steinbeiß.

Oberkenden, Einsatz, Wochen- und Wackelenden Herren-Wackel-Jacken und Hosens

Damen- und Kinder-Strümpfe in Seide, Flor und Wollseide Kinder-Söckchen von 25 Pf. an Badelaken, Frottiertücher Badeanzüge, Turnerkloppen und Jacken

Sebastian Schimmener.

Diesen Sonntag ist mein Geschäft geöffnet!

Billige Heimwürstchen!

- 3 Paar-Doze Jägerwurst 0.48 Mk. 5 Paar-Doze Delikatess-Würstchen 1.35 Mk. 3 Paar-Doze Delikatess-Würstchen 0.75 Mk. 15 Stück Wackelwürste 3.60 Mk.

J. G. Fritzsche.

Achtung! Achtung!

Diese Woche sind

Fahrraddeden u. Schläuche besonders preiswert zu haben im ältesten Fachgeschäft am Plage

Herm. Meyer sen., Jorgauerstr. 7 Nur diese Woche! Nur diese Woche!

Zur Schädlingbetämpfung!

Sicher wirkende Mittel gegen:

- Mattlaus, Wutlaus, Erdflöhe Welsau, Neblaus, Raupen Rote Spinne, Schnecken empfiehlt

Adler-Drogerie Georg Schön.



Spielkarten (deutsche u. französische) empfiehlt Herm. Steinbeiß.

Bobby

der zeitgemäße Sportstoff

für Kleider, Polohemden, Blusen porös in leuchtenden Farben, einfarbig und bedruckt. Mtr. 85 Pf.

Zefir

für Sporhemden und Kleider Meter 50 Pf.

Cretonne

indanthrenfarbig, besonders für Wochenendhemden Mtr. 65 Pf.

Panama Mtr. 65 Pf. **Batist** Mtr. 75 Pf.

Emil Bortfeld

Diesen Sonntag ist mein Geschäft geöffnet!

Verloren!!
1 Briefe in neuem Klappfutteral.
Finder belohnt!
H. Kaiser.

Sommer-Sprossen

werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt M. 1.60, 2.75. Gegen Pickel, Mitesser Stärke A. Adler-Drogerie Schön.

Glets frisch gerösteten Kaffee

1/4 Pfund 0.50 Mk.
1/2 Pfund 0.90 Mk.
3/4 Pfund 0.70 Mk.
1 Pfund 0.80 Mk.
1 1/2 Pfund 0.90 Mk.
2 Pfund 1.00 Mk.
empfeht
Fa. Th. Schulte Nachf.

Schützenfest in Annaburg

vom 12. bis 14. Juni 1932.

Festfolge: Am Sonnabend, d. 11. Juni: 20.30 Uhr Zapfenstreich. Auftreten im Siegestanz. Am Sonntag, den 12. Juni: 5 Uhr Wecken; 9.45 Uhr Konzert d. Kommandeur, anst. beim diesjähr. Königl. Bildhauermittl. Schützen. 1 Uhr Auftret. z. Muszug (Hotel Waldschlösschen); 1.30 Uhr Abmarsch des Festzuges. Am Montag, den 13. Juni: 10 Uhr Speckkuchenschiffen auf dem Festplatz; 1.30 Uhr Auftreten zum Muszug (Hotel Waldschlösschen); 2 Uhr Abmarsch zum Festplatz; 19 Uhr Proklamierung des neuen Königs. Am Dienstag d. 14. Juni: 20 Uhr Schützenball im Tanzzelt.

Für Volksbelustigungen aller Art ist reichlich gesorgt.
Sonntag und Montag: **Große Ballmusik** im Tanzzelt auf dem Festplatz, von 4 Uhr ab.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlich ein
Bürger-Schützen-Verein e. V. Annaburg.

Achtung!

Sämtliche



für Schützen

hat mehr am Lager zu billigen Tagespreisen.

Fa. Th. Schulte Nachf.



Adler-Drogerie und Fotohaus G. Schön.

Zum modernen Kleid

in den Farbtönen passende elegante

Wäsche!

Carl Quehl

Braun-Gesjirr!

Einlegedöpfe, Mustöpfe, Gärtrüge, Kaffecannen, Küchenformen, Reibe-satten, Gänsefüßen, Rinnhennäpfe usw. sowie Porzellan-, Glas- und Steingutwaren empfiehlt **Whele, Feldstr. 3.**

Vorchriftenmäßige Mietkündigungs-Formulare

hält vorrätig
Herrn Steinbeiß,
Papierhandlung.

Frische Landbutter

Land-Eier
Molkereibutter
zum billigsten Tagespreise
empfiehlt
Fa. Th. Schulte Nachf.

Maschinen-Motoren-Zentrifugen-Fahrrad-Fußboden-Vinoleum-Mop- und Brenn-Stauffers, Wagen- u. Lederfette

Empfehle in Ia Qualität zu billigsten Preisen:
F. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller
Mühlenstr. 40.

Riesen-Matjes-Heringe

Std. 20 Pf., empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Brifetts

nimmt jederzeit entgegen
Otto Scheibe.

Schnupftabak „Goldfarb“

sowie Kautabak
empfiehlt
Louis Hofmann.

Stocknägel

empfiehlt
Herrn Steinbeiß.

Palast-Theater

Freitag bis Sonntag 8 1/2 Uhr:
Zum Schützenfest d. toeben erzielene Sorgenbröcher
„Kitty schwindelt sich ins Glück“
(Ausgerechnet 13)

Vom Abwaschmüdel über hundert Hindernisse bis zur tüchtigen Geschäftsfrau. Der Werdegang einer ganz Schönen. Eine tolle Burleske der Verwechslungen mit Toni van Eich, Paul Otto, Margarete Kupper. Im Anschluss an die Berliner Uraufführung ein seltenes Ereignis: Uraufführung für Mitteldeutschland in Annaburg im Palast-Theater.
Wieder ein prächtiges Reiprogramm!
Tonkulturfilm. Tonlustspiel. Midy-Maus-Film.

Billige Schuhtage

bis zum Schützenfest (12. Juni).
Auf alle Waren trotz der schon billigen Preise
10 Proz. Rabatt!

Wer wirklich billig und gut kaufen will, wählt die Qualitätswaren von

Max Freidank.

Die 2 Pfund-Dose!

Bratheringe	52 Pf.
dto. ohne Kopf u. ausgenommen	65
Bratrollmops	78
Schnittbohnen	46
Brechbohnen	48
Gemischtes Gemüse	49
Erbsen	65
Pflaumen	78
Hirschen	95
Erdbeeren	1.35 Mk.

und 5 Proz. Rabatt!
J. Kählig's Nachfolg.
Inh.: Martha Müller, Mühlenstraße 40.

Wir sind billig!

Wir führen nur Qualität!
und noch **10 % Rabatt**
auf Margarine!

Wir empfehlen:
Tafel-Margarine Pfd. 31 Pf.
K-Margarine Pfd. 33 Pf.
L-Margarine Pfd. 45 Pf.
Hausmacher Pfd. 60 Pf.

Hamburger Kaffeeleger Thams & Garfs
Torgauer Straße 21
10 Prozent Rabatt!

Das neue Zündapp-Motorrad ist da!!

Steuers u. Führerscheinfrei. Blockantrieb, mit elektr. Licht u. Hupe. Preis ab Werk RM. 450.—
Ferner empfehle ich mein Lager in: Nähmaschinen, Näder, Radiosapparaten sowie Ersatzteilen.
Ballon-Näder von 65.— RM. an,
Radio-Apparate von 39.— RM. an.
Reparaturen jeglicher Art billig!
Erich Globig, Schlosserei, Fahrradhandlung, Reparaturen, Ackerstraße 14.

Miele-Zentrifugen-Buttermaschinen-Waschmaschinen-Wringmaschinen-Kartoffeldämpfer-Kartoffelquetschen-Badewannen

Alle Reparaturen und Ersatzteile!
Fritz Rödler, Fernruf 253

Extra-Angebot in Strümpfen!

von heute Donnerstag bis Sonnabend!

- 1 Posten va. Kinderstrümpfe in Schwarz, Größe 2 Paar nur 0.15
- 1 Riesenposten Kinderstrümpfe in den neuesten Modifarben
Größe 1 2 3
0.25 0.30 0.35
Größe 4 5 6
0.40 0.45 0.50
Größe 7 8 9
0.55 0.63 0.70
- 1 Post. melierte Kinderstrümpfe sehr gute Qualität, Gr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, zum Ausuchen jedes Paar nur 0.25
- 1 Posten Kinderstrümpfe, Seidenfloss, m. fl. Schönheitsfleckern 0.35
- 1 Posten Kinderstrümpfe Bemberg-Seide, Gr. 4-9 jedes Paar zum Ausuchen 0.45



Damenstrümpfe, echt Ägyptisch-Makto, dazu eine Karte Zwist in den neuesten Modifarben Paar nur 0.58
Elegante Seidenstrümpfe 1. Wahl, Paar nur 0.95
Herren-Socken von 0.35 an

Ernst Peschke

Ackerstraße 16
Das Haus der gnten Qualitäten!

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn. Steinbeiß, Annaburg

Rein deutsches Direktorium in Memel.

Die Verhandlungen über die Direktoriumsübernahme...

Wie Amerika die Wirtschaft anturbeln will

Die Milliardenkredite an die Wirtschaft. Bei den Besprechungen, die Präsident Hoover...

Falschmünzerei bei Tanzmusik.

Kaufprecher überdient die Falschmünzerei. Ein in Berlin-Schneidersöhnhäusen wohnender...

Während die Radiosender Tanzmusik sendeten, fächte er seine Scheine. Zu anderen Zeiten mußte seine Frau...

Der Prager Stadtrat hat die Bildung eines Ausschusses für den Schutz der Bevölkerung...

Oberpräsident z. D. Otto Hörsing, der aus der S. P. D. ausgeschlossen worden ist, hat eine 'Sozial-Republikanische Partei' mit dem Sitz in Berlin gegründet.

Ein Militärlastauto verunglückt.

Zwei Tote und 20 Schwerverletzte. Ein mit mehr als 20 Matrosen der 1. Marineartillerie...

Das Auto kam aus dem Munsterlager. Der Wagen, der nur wenig beschädigt wurde, fuhr nach dem Unglücksfall...

Zwei Familien im Kampf.

Sieben Schwerverletzte. In Trier kam es zwischen zwei verfeindeten Familien zu schweren Schlägereien...

Mit Beilen, Stöcken, Feilen und Messern hieb man aufeinander ein. Inzwischen wurden auch mehrere Schiffe. Mehrere der Beteiligten erlitten schwere Verletzungen...

Der Staatssozialismus in Chile.

Wie die alte Regierung gestürzt wurde. An der Spitze der neuen sozialistischen chilenischen Regierung steht ein Dreimänner-Ausschuss...

Aber die Einzelheiten des Sturzes von Präsident Montoro wird noch folgendes bekannt: Die sozialistischen Führer ließen zunächst einige Bombenflugzeuge...

Chile erkennt Sowjetrußland an.

Moratorium. - Vorläufige Bantenerre. Die chilenische Regierung hat beschlossen, Sowjetrußland anzuerkennen...

Der Finanzminister Juntas hat ein Moratorium erlassen. Alle chilenischen Bantenerre bleiben bis zum Donnerstag geschlossen.

Der Chef der neuen chilenischen Regierung, Dr. Davila, gab am Montag Pressevertretern gegenüber eine wichtige Erklärung ab...

Kurze politische Nachrichten.

In dem sogenannten Effektiv-Ausschuß der Abrüstungskonferenz sind folgende Meinungsverschiedenheiten zutage getreten...

In den wochenlangen Verhandlungen dieses Ausschusses ergab sich, daß über eine Reihe grundsätzlicher Fragen die V. B. der vorläufigen Ausarbeitung...

Nah und Fern

Ein Segelflieger weber in Hannover abgestürzt. Auf dem Flugplatz in Hannover wurden Versuche mit dem Segelflieger des Segelfliegers unternommen...

Ein Umkleekabinen des Studenten errichteten Sportplatzes. Zum Abschluß des diesjährigen Hochschulportales der Reichlichen Hochschule zu Dresden fand die feierliche Einweihung...

Im Postamt verbrannt. Der Oberpostsekretär Meinte aus Schlawe, der vertriebenen Poststelle ein Postamt übernahm...

Selbstmord des geschäftsführenden Direktors beim Danziger Volkstag. Der geschäftsführende Direktor beim Danziger Volkstag, Amstutz Gramse...

Ein Richter des Bundes aus dem Königsberger Gerichtshof wurde entwid während einer Freizeiter einer der Mitglieder des Nationalsozialistischen Lehrers und Arbeiter...

ROMAN VON Das Schicksal spricht das letzte Wort

Als sie ihn mit roten Füßen daherkommen sah, machte sie sich an dem Steuer zu schaffen. Aufstehend, genahrte sie die Totenblässe...

Mord

Ein schreckliches Verbrechen ist in den Nachmittagsstunden des 16. Juli in Wien verübt worden. Am Hauje Prinz-Eugen-Strasse 86...

Hedwig Bloem hatte eine entsetzliche Nacht hinter sich. Sie war auf einer Gesellschaft bei Freunden gewesen und gegen ein halb ein Uhr nach Hause gekommen.

Magen nach dem Herzen fort und stieg nach den Schläfen, die hörbar dröhnten. Das war nicht mehr körperliches Unbehagen...

Die Uhr auf dem Spiegelbild zeigte zehn Minuten nach zwei. An ihrer Tür vorüber ging nun ein Schritt, verhielt, lästete weiter und kam noch einmal zurück.

Die Augen übernachtig in den Höhlen liegend, stand Evelyns Joke vor ihr. 'Ich bitte zu verzeihen. Ich möchte Frau Kommerzienrat nur fragen, ob das gnädige Fräulein heute nacht noch zurückkommt.'

Der Chauffeur, der den Wagen vor knapp einer Stunde in die Garage gebracht hatte, wurde geneckt und erhielt den Auftrag, nach Lutz Wohnung zu fahren. Der Weg dünkte...

Hedwig endlos. Als sie kaum die Klingel am Tor gezogen hatte, erschien oben bereits ein Licht, und Gerd schlürfte auf etlichen Füßen herbei...

'Sist meine Tochter hier?' Sie hatte die Frage nicht mehr zurückhalten können und stellte sie, als sie die ersten Stufen nach Lutz Wohnung nahm.

'Er hatte scheinbar nichts gehört, und als sie die Frage wiederholte, öffnete er erst die Türe zu Lutz Arbeitszimmer, um sich vor jedem unbedenklichen Ihr zu sichern, obwohl niemand als er allein in der Wohnung war.'

'Das gnädige Fräulein ist allerdings hier gemeldet,' sagte er. 'Aber kaum eine halbe Stunde. Dann ist es wieder weggegangen.'

'Woher, Gerd?' 'Ich weiß es nicht!' Dabel hob er die Schultern und wurde verlegen, denn Evelyn hatte ihre Handfläche auf einem der Stühle liegen gelassen, und Frau Hedwigs Blick ruhte nun verängstigt darauf.

Sie fühlte, daß er etwas verschwiegen und machte einen Schritt auf ihn zu. 'Um aller Liebe willen, die Sie zu meinem Sohne tragen - was ist gewesen?'

Gerds Gesicht wirkte steinern. Kein Muskel spielte. Das Stahlgitter der Augen schimmerte wie der Lauf eines Gewehrs, kalt und unbarmherzig. Er hatte sein Wort gegeben. Und wenn Hedwig Bloem in der Ferne und ihn mit aufgehobenen Händen um Auskunft bat, sie würde nichts erfahren. Erbarmen war nicht am Plage, wo es um das Leben des Gebieters ging.

Sie war für ihn der vierte, der um das Geheimnis mußte, wenn er sagte, was war. Drei waren ihrer schon zuviel. Möglich, daß sie sich beruhigte, wenn man ihr in irgendeiner anderen Spur brachte. Er lagte mit einer höheren Teilnahme in der Stimme: 'Frau Kommerzienrat ängstigen sich gewiß umsonst. Möglich, daß das gnädige Fräulein inzwischen nach Hause gekommen ist. Wünschen Frau Kommerzienrat, daß ich anrufe?'

'Bitte!'

Er mußte sich beherrsigen. Die Füße trugen sie nicht mehr. In den großen Schreibstisch gelauert, hörte sie, was Gerd in den Apparat sprach. 'Noch nicht zurück,' wandte er sich ihr bedauernd zu. (Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Zugpreis mit monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zergauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anruf nach der Zeitung bezw. Rückzahlung des Zugpreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschl. Umlagesteuer. Scherzreize und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 69.

Donnerstag, den 9. Juni 1932.

35. Jahrg.

Preußische Regierung gegen Reichskabinett

Neue Notverordnung für Preußen: Schlachtsteuer und Kürzung der Beamtengehälter

Vorzeitige Einberufung d. Preuß. Landtags

Ein Schreiben von Rapens an den Landtagspräsidenten.
Im Vordergrunde der Innenpolitik Deutschlands steht gegenwärtig die Frage: Preußen und das Reich. Der Reichsregierung von Rapens ist daran gelegen, das möglichst schnell eine verfassungsmäßig sanktionierte verhandlungsfähige Regierung in Preußen am Werke ist, damit wichtige schwebende Fragen, für deren Entscheidung die Mitarbeit Preußens notwendig ist, sobald wie möglich geregelt werden können.
Reichsminister von Rapens hat daher an den Präsidenten des Preussischen Landtages, Herr, ein Schreiben gerichtet, in dem der Kanzler den Präsidenten bittet, sich dafür einzusetzen, daß der Preussische Landtag, der nach den bisherigen Vereinbarungen erst am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, früher einberufen werde.
Der Reichskanzler begründete diese Bitte damit, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig verschiedene wichtige Angelegenheiten, besonders Finanzfragen, zu verhandeln seien und daß er es für besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsmäßigen Grundrissen gebildeten ordentlichen Kabinett geführt werden können. Präsident Herr hat sofort den Vizekanzler des Preussischen Landtages auf Freitag, den 10. Juni, einberufen.

Scharfe Spannung zwischen dem Reich und Preußen.

Zwischen der neuen Reichsregierung und dem geschäftsführenden preussischen Kabinett hat sich plötzlich eine Art Kriegszustand entwickelt. Das kam so: Bekanntlich hat der Reichskanzler an den nationalsozialistischen Reichspräsidenten des Preussischen Landtages einen Brief geschrieben mit der Bitte, der Landtag solle früher als geplant wieder zusammentreten und versuchen, doch noch eine neue Regierung zu bilden. Die jetzige preussische Regierung fühlt sich durch diesen Brief übergraben und erklärt, die Reichsregierung hätte kein Recht, sich direkt an den preussischen Landtagspräsidenten zu wenden, die allein zuständige Stelle sei die preussische Regierung, auch wenn sie nur eine geschäftsführende Regierung sei. Der Brief hätte an den preussischen Ministerpräsidenten gerichtet werden müssen oder an dessen Stellvertreter, an den Minister Hirtfelder. Herr Hirtfelder hat sich alsbald persönlich zum Kanzler v. Rapens begeben und hat gegen diese Behandlung protestiert. Nach einer amtlichen preussischen Darstellung soll der Kanzler bei der Unterredung mit Hirtfelder zugesichert haben, daß künftighin nur noch von Regierung zu Regierung verhandelt werde. Gegen diese amtliche preussische Mitteilung wenden sich nun wieder die Reichsstellen und erklären, was Preußen da sage, könne nicht. Herr v. Rapens habe den Protest nur zur Kenntnis genommen und Herr Hirtfelder die Gründe seines Verhaltens genannt.

Aus der ganzen Behandlung dieser Angelegenheit kann man erkennen, wie gespannt das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich geworden ist. Die preussische Regierung ist außerdem sehr verzagt darüber, daß man ihr den Vorwurf macht, sie sei nicht mehr imstande, die preussischen Finanzen in Ordnung zu bringen. Sie läßt verstehen, daß sie auch ohne Hilfe des Reiches durchkommen werde.

Neue Belastung für die preussischen Beamten.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und der preussischen Regierung wegen einer Hilfe des Reichs zum Ausgleich des preussischen Staatshaushalts sind, wie schon bekannt, gescheitert. Die Reichsregierung sagt dazu in einer Erklärung, Preußen habe die Bedingungen für die Überlassung der 100 Millionen Mark durch das Reich nicht angenommen. Die Zahlung sollte in fünf Jahresraten erfolgen. Die preussische Regierung hat die Verhandlungen mit dem Reich nicht weitergeführt, sondern hat verkündet, daß sie sich aus eigener Kraft helfen werde. Zu diesem Zweck hat sie in kürzester Frist einen Plan aufgestellt, der neue Einparnungen und neue Einnahmen bringen soll.

In erster Stelle steht eine Kürzung der Gehälter für die preussischen Beamten, allerdings in einer ganz neuen Form. Den Beamten soll der Anspruch auf den gekürzten Teil des Gehalts weiterhin erhalten bleiben. Der abgegebene Teil soll eine Art zwangsweise Sparanlage bilden, und soll den Beamten vom preussischen Staat für spätere Zeiten gutgeschrieben werden. Die Kürzung soll zwei bis zwieinhalb Prozent betragen.

Da aber die Einparnungen durch die Gehaltskürzung nicht ausreichen, um den Fehlbetrag im Haushalt zu decken, soll noch eine Schlachtsteuer eingeführt werden. Ursprünglich war eine Schlachtsteuer geplant, die den Verbraucher direkt belastet hätte. Jetzt soll die Steuer auf den Schlachthöfen erhoben werden. Weitere Einparnungen will man durch Vereinfachungen auf verschiedenen Gebieten der Verwaltung erzielen.

Alle diese Maßnahmen sollen durch Notverordnung durchgeföhrt werden. Diese Notverordnungen müssen dem Landtag vorgelegt werden. Ob der Landtag diese Maßnahmen einer Regierung billigt, die sich noch auf den alten Landtag stützt, ist sehr fraglich.

Der Inhalt der Notverordnung.

Der preussische Finanzminister hat am Mittwoch spät abends der Presse Mitteilung über die neue Notverordnung gemacht, mit deren Hilfe Preußen den Haushalt ausgleichen will. Eingangs betonte der Finanzminister, daß die Maßnahmen schon seit längerer Zeit vorbereitet wurden, schon bevor der Regierungswechsel im Reich eingetreten war, da man schon von vornherein mit der Möglichkeit rechnete, daß die 100-Millionen-Beihilfe vom Reich möglicherweise doch nicht einbehalten würde. Die Verhandlungen der letzten Tage hätten gezeigt, daß das Reich nicht in der Lage ist, diese 100 Millionen Preußen zur Verfügung zu stellen. Die preussische Regierung mußte sich deshalb entschließen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die 100 Millionen, die vom Reich erwartet wurden, werden durch die Einführung der Schlachtsteuer nahezu gedeckt.

Der Tarif der Schlachtsteuer

entspricht im wesentlichen dem bayerischen Tarif. Die Hauschlachtung eines Schweines kostet zwei Mark Steuer, aber vorerst werden die Hauschlachtungen von Schweinen nicht besteuert.

Schweine im Gewicht unter 30 Kilogramm sind von der Schlachtsteuer befreit,

von 30—75 Kilogramm beträgt die Steuer 5 Mark, von 75—125 Kilogramm beträgt die Steuer 8 Mark, über 125 Kilogramm beträgt die Steuer 10 Mark.

Der Finanzminister gibt zu, daß durch die Schlachtsteuer die Einnahmen betragsmäßig vergrößert werden, er hofft jedoch, daß bei der Besteuerung der Wirtschaftslage eine Abwägung der Steuer auf den Verbraucher möglich sein wird.

Die Einnahmen der Schlachtsteuern reichen aber nicht aus, um das Defizit voll zu decken. Man erwartet nämlich, daß sich das Defizit im Laufe des Jahres noch um 50 Millionen vergrößert. Diese 50 Millionen sollen gedeckt werden:

durch die schon angekündigte Belastung der preussischen Beamten. Der Abzug beträgt für Verbeamtete mit Kindern 2% für Kinderlose und Witwen 3 Prozent.

Die Abzüge werden als Sparanlage zurückbehalten und vom 1. Juli 1937 ab nachbezahlt. Verzinst wird diese Zwangsparanlage nicht. Bei Todesfall wird der ganze jurisdiktorische Betrag sofort zurückbezahlt, ebenso wenn ein Staatsangehöriger ausscheidet oder wenn ein Beamter ohne Fortsetzungsansprüche entlassen wird.

Die Schutzpolizei bleibt von diesen Abzügen frei.

Die Gemeinden werden durch die Notverordnung gezwungen, die gleichen Abzüge, die für die Staatsbeamten gelten, auch für ihre Beamten vorzunehmen.

Die Regierung erwartet von dieser Maßnahme eine Einparnung von 26 Millionen. Die dann noch fehlenden 14 Millionen werden durch neue Abstriche an den Sachausgaben eingepart.

Die preussische Notverordnung bringt auch eine Änderung in der Hauszinssteuer, und zwar für die kleinen Mieter, die bisher von der Rabluna der

Hauszinssteuer befreit waren. Die preussische Regierung hat ausgerechnet, daß es für sie günstiger ist, wenn sie den Gemeinden einen Zuschuß zu Mietzinsbehalten an Bedürftige Mieter gibt. Zu diesem Zweck sieht die Notverordnung die Überweisung einer Summe von 160 Millionen an die Gemeinden vor. Gleichzeitig werden die bisherigen Abstriche und Wiederabstriche der Hauszinssteuer für Bedürftige Mieter aufgehoben.

Die Notverordnung tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Der Finanzminister betont, daß sich die preussische Staatsregierung für berechtigt halte, diese Notverordnung zu erlassen. Das Parlament werde nicht in der Lage sein, diese Notverordnung aufzuheben. Der Haushaltsplan jedoch werde dem Landtag vorgelegt werden.

Der Arbeitsplan der Reichsregierung

Die neue Reichsregierung hat nun die Öffentlichkeit wissen lassen, in welcher Weise sie ihre Arbeiten durchzuführen gedenkt. Es sind drei Abschnitte vorgezeichnet. Die Regierung legt dabei besonderen Wert darauf, ihre eigenen Wiederaufbaupläne streng von den Maßnahmen zu unterscheiden, die sie als Unterstützung der Arbeit der Reichsregierung in Betracht zieht. Diese Unterstützung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung. Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die zunächst bevorstehenden Notverordnungen werden also finanzieller Art sein; sie sollen dazu dienen, das Loch im Reichshaushalt zu stopfen. Bekanntlich war es auch das Ziel der Reichsregierung, die Arbeit der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.

Die Arbeit der Reichsregierung soll der Reichsregierung selbst, nicht dem Reich, zugunsten sein. Es geht nicht um die Arbeit der Reichsregierung, sondern um die Arbeit der Reichsregierung.